

Deutschland und Europa nach dem Zweiten Weltkrieg

Zeittafel

1945

- 14. 5. Einsetzung eines Magistrates für Groß-Berlin durch die Sowjets
- 5. 6. Übernahme der obersten Regierungsgewalt in Deutschland durch die Alliierten
- 9. 6. Bildung der Sowjetischen Militäradministration für Deutschland (SMAD) mit Sitz in Berlin-Karlshorst
- 10. 6. Zulassung von Parteien durch die SMAD (Befehl Nr. 2)
- 11. 6. Gründung der KPD in Berlin
- 15. 6. Konstituierung eines vorbereitenden Gewerkschaftsausschusses in Berlin als Vorläufer des späteren FDGB
- 17. 6. Gründung der SPD in Berlin
- 22. 6. Bildung der französischen Besatzungszone
- 26. 6. Gründung der CDU in Berlin
- 26. 6. Annahme der Charta der Vereinten Nationen auf der Konferenz in San Francisco
- 4. 7. Besetzung der Westsektoren Berlins durch amerik. und brit. Truppen
- 5. 7. Gründung der LDPD in Berlin
- 12. 7. Durchführung der Zoneneinteilung in Berlin
- 14. 7. Zusammenschluß der Parteien in der SBZ zur "Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien"
- 27. 7. Einrichtung von 11 Zentralverwaltungen durch die SMAD
- 13. 8. Zulassung von politischen Parteien in der amerikanischen Zone auf Kreisebene
- 27. 8. Zulassung von politischen Parteien in der amerikanischen Zone
- 30. 8. Einsetzung des Alliierten Kontrollrats
- 15. 9. Zulassung von politischen Parteien in der britischen Zone
- 19. 9. Schaffung der Länder in der amerikanischen Zone: Württemberg-Baden, Bayern, Hessen
- 1. 10. Bildung der Amerikanischen Militärregierung (OMGUS)
- 1./17. 10. Einrichtung eines Länderrats der amerikanischen Besatzungszone
- 22. 10. Erhebung der Verwaltungsbehörden der sowjet. Besatzungszone zu Landesregierungen
- 23. 11. Erlaubnis zur landesweiten Parteiorganisation in der amerik. Zone
- 13. 12. Zulassung von politischen Parteien in der französischen Zone
- Dezember Rücktritt des CDU-Vorsitzenden Andreas Hermes

1946

- 17./20. 1. Gemeindewahlen in der US-Zone
- 8. 1. Gründung der CSU in Bayern
- Februar Erlaubnis zur zonenübergreifenden Parteiorganisation in der amerikanischen und britischen Zone
- 5. 2. Wahl Konrad Adenauers zum Vorsitzenden der CDU in der britischen Besatzungszone
- 6. 3. Bildung des Zonenbeirats der britischen Zone in Hamburg
- 26. 3. Erste Kommunalwahl in der US-Zone

- 21. 4. Zwangsvereinigung von SPD und KPD in der SBZ zur SED
- 28. 4. Kreistagswahl in der US-Zone
- 3. 5. Proklamation des Reparations- und Demontagestops durch General L. Clay
- 9.–11. 5. 1. Parteitag der SPD der Westzonen in Hannover

- 25. 5. Einstellung der Reparationslieferungen aus den Westzonen an die Sowjetunion
- 26. 5. Kommunalwahl in der SBZ, Gemeindewahlen in den größeren Städten der US-Zone
- 30. 6. Landtagswahlen in der US-Zone
- Juli Aufforderung der USA an Großbritannien und Frankreich zur Zusammenlegung der Westzonen
- 23. 8. Verordnung der brit. Militärregierung zur Auflösung des Landes Preußen und zur Neubildung der Länder in der britischen Zone
- 30. 8. Schaffung des Landes Rheinland-Pfalz in der französischen Zone
- 1. 9. Kommunalwahlen in Sachsen
- 6. 9. Stuttgarter Rede des US-Außenministers Byrnes
- 1. 10. Urteilsverkündung im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß
- 15. 9. Kommunal- und Kreistagswahlen in der französischen Zone, Kommunalwahlen in der britischen Zone
- 13. 10. Kreistagswahlen in der britischen Zone
- 20. 10. Wahl zur Stadtverordnetenversammlung in ganz Berlin, Kreis- und Landtagswahlen in der SBZ
- 24. 11. Landtagswahl in Württemberg-Baden
- 28. 11. Fertigstellung der Landesverfassung von Württemberg-Baden
- 1. 12. Landtagswahl in Bayern und Hessen

1947

- 1. 1. Zusammenschluß der britischen und amerikanischen Besatzungszone zur "Bi-Zone"
- 25. 2. Auflösung des Landes Preußen (Kontrollratsgesetz Nr. 46)
- 10. 3.–24. 4. Außenministerkonferenz in Moskau
- 20. 4. Landtagswahlen in der britischen Zone
- 18. 5. Landtagswahlen in der französischen Zone
- 29. 5. Neuordnung der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes (Bi-Zone), Bildung des "Wirtschaftsrates" in Frankfurt
- Juni Beginn der Demontagen in der britischen Zone
- 5. 6. Vorschlag eines wirtschaftlichen Wiederaufbauprogramms durch US-Außenminister G. Marshall (Marshall-Plan)
- 6.–8. 6. Konferenz der Ministerpräsidenten in München
- 14. 6. Bildung einer "Deutschen Wirtschaftskommission" mit 5 Zentralinstanzen in der SBZ
- 11. 9. Bodenreformgesetze in der DDR
- 25. 11.–12. 12. Konferenz der Außenminister in London
- 6./7. 12. Erster Deutscher Volkskongreß in der SBZ
- 15. 12. Inkrafttreten der saarländischen Verfassung

1948

- 22. 2. Beginn der kommun. Machtergreifung in der Tschechoslowakei
- 23. 2.–6. 3. (und 20. 4.–2. 6.): Londonder Sechsmächtekonferenz (USA, Großbritannien, Frankreich, Belgien, Niederlande, Luxemburg)
- März Zusammentritt des 2. Deutschen Volkskongresses
- 1. 3. Gründung der Bank Deutscher Länder in Frankfurt
- 2. 3. Berufung L. Erhards zum Direktor der Verwaltung für Wirtschaft der Bi-Zone
- 17. 3. Brüsseler Verträge
- 20. 3. Auszug der Sowjets aus dem Kontrollrat
- 1. 4. Einbeziehung der Saar als Kontrollgebiet in das französische Wirtschaftsgebiet

- 1. 6. Auflösung von Länderrat und Zonenbeirat
- 7. 6. Londoner Deutschlandkommuniqué mit den Leitlinien einer alliierten Deutschlandpolitik
- 18. 6. Währungsreform in den Westzonen
- 22. 6. Befehl des sowjet. Marschalls Sokolowski an den Berliner Magistrat zur Übernahme der sowjetzonalen Währung
- 23. 6. Währungsreform in der sowjetischen Besatzungszone
- 24. 6. Einführung der DM-West in den Berliner Westsektoren, Unterbrechung der Verkehrsverbindungen zwischen den Westzonen und West-Berlin, Beginn der Berliner Blockade
- 24. 6. Gründung der Deutschen Notenbank in der SBZ
- 26. 6. Beginn der alliierten Luftbrücke für Berlin
- 1. 7. Überreichung der sog. Frankfurter Dokumente durch die westlichen Militärgouverneure an die Ministerpräsidenten
- 8.–10. 7. (und 15./16. 7., 21./22. 7.): Konferenzen der Ministerpräsidenten in Koblenz bzw. Niederwald zur Erörterung der Frankfurter Dokumente und des weiteren politischen Vorgehens
- 26. 7. Schlußkonferenz der Militärgouverneure und der Ministerpräsidenten in Frankfurt, Verabschiedung eines deutsch-alliierten Schlußkommuniqués und einer Vereinbarung zur Einberufung eines Parlament. Rats
- 10.–23. 8. Beratungen des Verfassungskonvents auf Herrenchiemsee
- 1. 9. Konstituierung des Parlamentarischen Rats in Bonn
- 6. 9. Verlegung der Berliner Stadtverordnetenversammlung in die Westsektoren nach kommunistischen Störungen
- 30. 11. Bildung eines "demokratischen Magistrats" im Ostsektor Berlins durch SED und kommunistische Massenorganisationen
- 1. 12. Verlegung des Dienstsitzes des (alten) Berliner Magistrats in die Westsektoren (Rathaus Schöneberg)
- 5. 12. Wahl zur Berliner Stadtverordnetenversammlung in den Westsektoren
- 28. 12. Unterzeichnung des Ruhrstatuts durch die Westalliierten und die Benelux-Länder
- 20. 12. Absetzung von Jacob Kaiser und Ernst Lemmer von der Parteiführung der CDU in der SBZ

1949

- 25. 1. Gründung des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW)
- 11. 2. Übermittlung eines Grundgesetzentwurfes durch K. Adenauer an die Westmächte
- 2. 3. Kritik der Westmächte am Grundgesetz in seiner vorgelegten Form
- 3. 3.–24. 4. Neue Beratungen zur Erfüllung der alliierten Forderungen bezüglich des Grundgesetzes
- 4. 4. Gründung der NATO
- 24. 4. Überreichung eines Kompromißvorschlags an die Alliierten

- 25. 4. Deutsch-alliierte Konferenz zum Grundgesetz in Frankfurt mit grundsätzlicher Einigung
 - 4. 5. Vier-Mächte-Abkommen zur Beendigung der Berliner Blockade
 - 8. 5. 3. Lesung des Grundgesetzes und Annahme im Parlament. Rat
 - 12. 5. Genehmigung des Grundgesetzes durch die Militärgouverneure, Verkündung des Besatzungsstatuts
 - 12. 5. Aufhebung der Berliner Blockade
 - 16.–22. 5. Annahme des Grundgesetzes durch die Länder der Westzonen (außer Bayern)
 - 23. 5. Verkündung des Grundgesetzes
 - 23. 5.–20. 6. Konferenz der Außenminister der Vier Mächte in Paris
 - 30. 5. Annahme der "Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik" durch den "Deutschen Volkskongreß"
 - 14. 8. Wahl zum ersten Deutschen Bundestag
 - 6. 9. Erste Koalitionsverhandlungen zwischen CDU/CSU, FDP und DP über die Bildung einer gemeinsamen Regierung
 - 7. 9. Konstituierung des Bundestages und des Bundesrates
 - 12. 9. Wahl des Bundespräsidenten (Theodor Heuß, FDP) durch die Bundesversammlung
 - 15. 9. Wahl Konrad Adenauers (CDU) zum Bundeskanzler durch den Bundestag
 - 20. 9. Vereidigung des Bundeskanzlers und der Minister
 - 21. 9. Inkrafttreten des Besatzungsstatuts
 - 7. 10. Gründung der DDR durch Konstituierung des Deutschen Volksrates als "Volkskammer" und Annahme der Verfassung
 - 22. 11. Petersberger Abkommen mit dem Beitritt der Bundesrepublik zum Ruhrstatut
 - 15. 12. Beitritt der Bundesrepublik zur OEEC
-
- 15. 6. 1950 Beitritt der Bundesrepublik als assoziiertes Mitglied zum Europarat (Bundestags-Beschluß; erste Teilnahme 7. 8.)
 - 28. 9. 1950 Beitritt der DDR zum RGW
 - 18. 4. 1951 Gründung der Montan-Union (Europ. Gemeinschaft für Kohle und Stahl)
 - 9. 7. 1951 Erklärung der drei Westmächte über die Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland
 - 4. 1. 1952 Volle Eingliederung West-Berlins in das Rechts-, Wirtschafts-, Sozial- und Finanzsystem der Bundesrepublik mit Zustimmung der Westmächte
 - 10. 3. 1952 Stalin-Note zur Wiedervereinigung
 - 26. 5. 1952 Beitritt der Bundesrepublik zur EVG, Beginn der Abriegelung der DDR von der Bundesrepublik durch Sperranlagen
 - 16./17.6. 1953 Arbeiteraufstand in Ost-Berlin und der DDR, durch sowjetische Truppen niedergeschlagen
 - 23. 10. 1954 Beschluß zur NATO-Mitgliedschaft der Bundesrepublik, Abkommen über das Statut der Saar
 - 25. 1. 1955 Erklärung der UdSSR über die Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland
 - 9. 5. 1955 Vollzug zur NATO-Mitgliedschaft der Bundesrepublik
 - 14. 5. 1955 Gründung des Warschauer Pakts
 - 20. 9. 1955 Erklärung der außen- und innenpolitischen Souveränität der DDR durch die Sowjetunion, Übertragung der Kontrolle des zivilen Verkehrs von und nach West-Berlin

- 23. 10. 1955 Volksabstimmung im Saarland über das Saarstatut
- 1956 Wehrpflichtgesetz
- 28. 1. 1956 Aufnahme der DDR als Mitglied in den Warschauer Pakt
- 23. 10. 1956 Abschluß des Saarabkommens
- 1. 1. 1957 Eingliederung des Saarlandes in die Bundesrepublik
- 27. 11. 1958 Berlin-Ultimatum der Sowjetunion, Aufforderung an die Westmächte zur Umwandlung West-Berlins in eine "Freie Stadt" unter Abzug der alliierten Truppen
- 31. 12. 1958 Zurückweisung des Berlin-Ultimatums durch die Westmächte
- 11. 5.–5. 8. 1959 Außenministerkonferenz der vier Siegermächte in Genf
- 13. 8. 1961 Bau der Berliner Mauer
- 17. 12. 1963 Erste Passierschein-Regelung zwischen dem West-Berliner Senat und der Regierung der DDR über den Besuch von West-Berlinern in Ost-Berlin
- 9. 9. 1964 Genehmigung von Rentner-Reisen aus der DDR in die Bundesrepublik
- 12. 8. 1970 Unterzeichnung des Gewaltverzicht-Vertrages mit der UdSSR
- 3. 9. 1971 Viermächte-Abkommen über Berlin
- 6. 9. 1971 Beginn der deutsch-deutschen Gespräche zur Ausfüllung des Viermächte-Abkommens
- 17. 12. 1971 Transitabkommen zwischen der Bundesrepublik und der DDR über den Transit nach West-Berlin
- 17. 5. 1972 Ratifizierung der Verträge mit der UdSSR und Polen im Bundestag
- 26. 5. 1972 Verkehrsvertrag zwischen der Bundesrepublik und der DDR
- 3. 6. 1972 Inkrafttreten der Berlin-Regelung
- 21. 12. 1972 Grundlagenvertrag zwischen der Bundesrepublik und der DDR
- 18. 6. 1973 Beitritt der Bundesrepublik und der DDR zur Charta der Vereinten Nationen
- 18. 9. 1973 Aufnahme der Bundesrepublik und der DDR in die UNO
- 2. 5. 1974 Eröffnung von "Ständigen Vertretungen" der beiden deutschen Staaten in Bonn und Ost-Berlin (mit Protokoll vom 14. 3. 1974 vereinbart)
- 1. 1. 1977 Aufhebung der Kontrollstellen zwischen Ost-Berlin und der DDR durch die DDR-Regierung; Einstellung der besonderen Veröffentlichung von DDR-Gesetzen im Verordnungsblatt des Ost-Berliner Magistrats
- 28. 6. 1979 Änderung des Wahlgesetzes der DDR: Direktwahl der Ost-Berliner Abgeordneten der Volkskammer
- 9. 11. 1989 Verkündung der Reisefreiheit für DDR-Bürger durch die Regierung der DDR, Fall der Berliner Mauer
- 22. 12. 1989 Öffnung eines Grenzübergangs am Brandenburger Tor
- 18. 3. 1990 Freie Wahlen in der DDR
- 1. 7. 1990 Inkrafttreten der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion; DM wird gesetzliches Zahlungsmittel in der DDR; DDR-Grenze zu Polen und der CSFR wird Außengrenze der EG
- 2. 12. 1990 gesamtdeutsche Parlamentswahlen, Vollzug des Beitritts der DDR zur Bundesrepublik Deutschland
- 1. 4. 1990 Auflösung des Warschauer Paktes
- 31.12.1991 Auflösung der Sowjetunion, Neubildung der "Gemeinschaft unabhängiger Staaten" (GUS)